

USA warnten Moskau

Keine neue Berlin-Krise! — Geheimgespräche mit sowjetischen Diplomaten

Washington/New York (ap/dpa). Die Vereinigten Staaten haben die Sowjetunion aufgefordert, keine neue Berlin-Krise vom Zaun zu brechen. Wie die „New York Times“ aus Washington berichtete, haben die USA an mehreren Orten mit den Sowjets geheime Kontakte aufgenommen. Einer dieser Orte war Berlin, wo der amerikanische Botschafter in der Bundesrepublik, Dowling, Gespräche mit dem sowjetischen Botschafter in der Sowjetzone, Perwuchin, geführt hat. Dowling soll Perwuchin bei dieser Gelegenheit klargemacht haben, daß eine neue Periode der Spannungen in Berlin ruhige und erfolgreiche Verhandlungen zwischen Ost und West nur verzögern würde.

Diplomatische Kreise in Washington schätzen die Aussichten auf eine ruhige Behandlung der Berlin-Frage optimistisch ein. Ihr Optimismus gründet sich, wie in Washington verlautet, darauf, daß der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow seine Hoffnung auf ein Gipfeltreffen mit Präsident Kennedy im nächsten Jahr zu erkennen gegeben habe und möglicherweise schon deshalb in Berlin mildere Töne anschlagen werde. Die USA ihrerseits seien daran interessiert, zumindest während der Amtsübernahme im Weißen Haus und der folgenden Zeit, wenn die neue Regierung ihre politische Konzeption festlege, die Ost-West-Gegensätze so begrenzt wie möglich zu halten.

Zu den von Dowling in Ostberlin angeschnittenen Problemen gehörten dem Vernehmen nach auch die von sowjetzonaler Seite verfügten Beschränkungen im Berlin-Verkehr. Die Gespräche fanden während der Verhandlungen zwischen Bonn und Ostberlin über den Handel zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetzone statt, und in alliierten Kreisen hofft man, daß wenigstens ein gewisses Übereinkommen zu Beginn des neuen Jahres erreicht wird.

Nach dem Bericht der „New York Times“ wurden der künf-

tige Präsident Kennedy und seine Mitarbeiter vorher über die diplomatische Aktivität der Regierung Eisenhower unterrichtet. Kennedy soll sich damit einverstanden erklärt haben.

Num doch Handelsvertrag

Geltungsbereich wie bisher — Adenauer sprach Smirnow

W. Bonn (Eigenbericht). Bundeskanzler Adenauer hat den sowjetischen Botschafter Smirnow empfangen. Im Anschluß an die Unterredung wurde offiziell bekanntgegeben, daß der deutsch-sowjetische Handelsvertrag möglichst noch vor Jahresende unterzeichnet werde. Die Bedenken, die Mitte Dezember unter dramatischen Umständen zu einer Verschiebung der Unterzeichnung geführt hatten, seien „geklärt“ worden.

Das Hindernis bestand damals darin, daß die sowjetische Delegation sich weigerte, eine Erklärung der Bundesregierung entgegenzunehmen, in der die Erwartung ausgesprochen wurde, daß auch das neue Abkommen auf Westberlin angewandt werde. Wie verlautet, einigte man sich jetzt auf die Formulierung, daß der neue Vertrag für das gleiche Gebiet gelte wie das alte Abkommen; in der Praxis bedeutet dies: auch für Westberlin.

Eine ausdrückliche Einbeziehung Berlins in das Abkommen, die im Text des Vertrages selbst

China droht Mißernte

Hongkong (upi). Nach einem von Radio Peking verbreiteten amtlichen Bericht herrschte in China in diesem Jahre die schwerste Dürre seit Anfang des Jahrhunderts. Darüber hinaus wurde China nach diesem Bericht auch von anderen Naturereignissen heimgesucht. Etwa die Hälfte des gesamten Ackerlandes Chinas, 60 Millionen Hektar, haben unter der Dürre gelitten, so daß die Ernährung der 650 Millionen Einwohner im kommenden Jahre auf große Schwierigkeiten stoßen wird.

hätte festgelegt werden müssen, war ursprünglich vom Berliner Senat gewünscht worden, aber die Bundesregierung hatte es nie für möglich gehalten, den Sowjets dieses Zugeständnis abzurufen. Tatsächlich reagierten die Sowjets auf die bloße Erwähnung des Wortes „Berlin“ sehr empfindlich und ließen es zum Abbruch der Verhandlungen kommen.

Die Erwartung des Auswärtigen Amtes, daß das Handelsinteresse Moskaus aber am Ende größer sein werde, scheint sich jetzt bestätigt zu haben.

Die Kraft der Wahrheit

K. W. B. In unseren Städten hängt ein Plakat, das zwei brennende Lichter zeigt; ein Stacheldraht trennt zwei Kerzen voneinander. Die Lichter auf beiden Seiten brennen. So jedenfalls sollte es sein. Auf dem Symbol, das uns eine gemeinsame Weihnacht nahelegen will, schmilzt der Schein der Kerzen beinahe die Unerbittlichkeit des Stacheldrahtes hinweg. Man kann mit Symbolen mancherlei Gefühle wecken und befügen. Gewiß auch dies, daß am Weihnachtsfest einmal die böse Wirklichkeit des Stacheldrahts von der Wirklichkeit der gemeinsamen Gedanken und Gefühle überwunden wird. Es ist ein guter Trost, daß eine solche weihnachtliche Überwindung der harten Realitäten auch dieses Jahr möglich ist. Diese Atempause, mit dem Menschen zu fühlen, der hinter dem Stacheldraht sitzt, sollte aber nicht eine Feiertagsbeschäftigung allein bleiben. Denn Gefühle sind billig. Und die Gefahr, daß die Inhaber der Gewalt sie den Unterjochten bisweilen großzügig gestatten, weil sie nichts kosten und nichts verderben, ist groß. Wenn also Weihnachten hinter dem Eisernen Vorhang — soweit es in den Kirchen und in den Stuben vor sich geht — auch heute noch unseren Vorstellungen vom Christfest entspricht, sollten wir uns nicht sicher in der Hoffnung fühlen, drüben wende sich schließlich doch alles zum Guten.

★

In der Wendung zur Wahrheit liegt der Sinn des Festes, wie es die christliche Welt begreift. Leider aber beherrschen Menschen und Mächte einen großen Teil der Erde — und auch den, den wir als unseren „nächsten“ ansehen müssen —,

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2

die die Notwendigkeit zur Wahrheit keineswegs als die Substanz der christlichen Existenz ansehen. Der Kommunismus, soweit er als staatliche Macht in Erscheinung tritt, toleriert zuweilen gewisse überkommene kirchliche Institutionen, wenn er ihnen auch jede freie Entfaltungsmöglichkeit verwehrt. Aber was er vom Christentum gewähren läßt, ist Kult und Liturgie. In die Stille der Katakomben jedoch verbannt er die Sprengkraft der Idee und des Geistes. Wir danken es jedesmal der Kraft dieser Idee in den Kirchen, daß sie, im Polizeiraum der totalitären Einengung, die Menschen immer wieder zur Notwendigkeit des Ausharrens, der Geduld und sogar der einmal kommenden Freiheitshoffnung bewegt. Insbesondere aber haben die Kirchen im freiheitsleeren Raum eine Mission erfüllt: die Frage nach der Wahrheit am Leben zu erhalten. Die Menschen in der Zone mögen so intensiv und so unentrinnbar in den Ablauf des Unrechtsstaates hineingezwungen werden — ihr Verlangen nach der Wahrheit macht sie zum Faktor der ewigen Unruhe.

★

Es besteht viel Grund, anzunehmen, daß die östlichen Machthaber dieses entscheidende Element ihrer Unsicherheit in seiner vollen Sprengkraft nicht erkennen. Der Mangel an Wahrheit oder sogar ihr gänzlich Fehlen hindert die Lösungen unserer Streitfragen. Das Gefühl für die absolute Wahrheit ist von den Erzherrn der kommunistischen Weltherrschaft bewußt aus dem Katalog menschlicher Verhaltensweisen gestrichen worden. Eine Ideologie, die das Recht auf die Welt Eroberung als moralischen Anspruch erklärte, mußte in der Wahl ihrer Mittel hierzu skrupellos sein. Durch die Verkopplung des internationalen Ziels der Welteroberung mit dem nationalen Interesse der Sowjetunion wurde daraus eine Moral, die sogar in den von ihr beherrschten Menschen das Gefühl für die unabhängige Wahrheit auslöscht. Der sowjet-gelenkte Mensch kennt keine Kontrolle mehr durch die Wahrheit. Wahrheit ist für ihn

das jeweils erreichte Ziel — Unwahrheit die Faktoren, die es behindern oder ihm wehren wollen.

★

Die Begegnung mit den freien Kräften, die ganz ohne Zweckbezogenheit leben, denken und handeln, spielte sich deshalb immer als Kampf, aber nicht mehr als ein Weg ab, eine von allen anzuerkennende Wahrheit zu finden. Papst Johannes mag diese tiefste Ursache unserer politischen Katastrophe erkannt haben, als er in seiner Weihnachtsansprache an die Völker dazu aufrief: „In der Wahrheit zu leben nach der vierfachen Pflicht, die Wahrheit zu denken, zu ehren, zu sagen und zu tun.“ Der Papst hat keine direkte Adresse genannt. Doch die Verantwortlichen in der Welt sehen sie mehr als deutlich. Es ist eben ganz anders, als es der Philosoph Jaspers sieht, wenn er als Grundlage für die Auseinandersetzung mit dem Osten das schlechte Rezept empfiehlt: „Wir wollen beide die Wahrheit. Auf dem Boden der Wahrheit treffen wir uns. Wir wollen darum so miteinander sprechen, daß alle Unwahrhaftigkeit und Lüge sich entthüllt.“ Papst Johannes hat recht, wenn er verlangt, daß man erst einmal die Wahrheit denken und sie ehren muß, bevor man sie aussprechen und tun kann.

★

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Wahrheit auch dort noch gedacht wird, wo man sie nicht mehr ehrt und also auch nicht mehr tut. Die Völker und ihre Staatsmänner haben viel zuviel Energie in all den Jahren darauf verwandt, ihre östlichen Verhandlungspartner zum Aussprechen der Wahrheit zu bewegen. Auf das Vorhandensein der Menschen, die die Wahrheit kennen, ehren und getan wissen wollen, werden sich die Gespräche mit den Verächtern der Wahrheit hinwenden müssen. Solange der Mensch noch Kraft hat, die Wahrheit zu sehen, ist er in dieser Welt, in der sie als Verhandlungsgegenstand vom Tisch geschoben werden soll, mehr wert, als jeder noch so fein ausgesponnene Kompromißvorschlag.

Deutsche unter einer Kanzel

Die Berliner Marienkirche — ein Wahrzeichen in unserer Zeit

Der Mann in der „Wanne“ des U-Bahnhofs Klosterstraße wundert sich jedesmal, wenn Sonntag vormittags Fahrgäste auf der für diese Zeit „toten“ Station aussteigen und eilig die Sperre passieren. „Wohin mögen die Leute wollen?“ fragt er. Es sind die Kirchgänger, die zur Marienkirche eilen. An jedem ersten Sonntag im Monat predigt Bischof Dibelius in dem ehrwürdigen Gotteshaus, das seit 1945 Predigtstätte des Berliner Bischofs ist. Aus der Ostzone und allen Teilen der Stadt kommen die Gläubigen zusammen. Die ersten Besucher kommen oft schon nach 7 Uhr.

Größtes, ältestes und bedeutendstes Gotteshaus von Berlin ist heute die Marienkirche. Ihre Bedeutung ist längst über die Grenzen Berlins hinausgewachsen.

„Deutsche an einen Tisch“, dieses SED-Propaganda-Plakat mußten die Gottesdienstbesucher jahrelang in den Straßen rund um die Marienkirche lesen. Inzwischen ist auch diese Parole wieder unmodern geworden. Nicht unmodern jedoch wurde etwas, was hier ohne alle Propaganda um so entschiedener Wirklichkeit wurde: Deutsche unter einer Kanzel. So etwa kann man die Bedeutung, die die Marienkirche heute hat, auf eine Formel bringen. Denn hier am Neuen Markt sind sie nach 1945 alle gewesen.

Als die Glocken in dem schönen barocken Turmhelm 1951 den vierten Deutschen Evangelischen Kirchentag einläuteten, saßen zur Eröffnungsfeier Wilhelm Pieck und Hermann Ehlers, Ebert und Tiburtius, Dieckmann und Nuschke unter der Schlüter-Kanzel und hörten die Worte von Thadden-Trieglaff und Dibelius. Und bis vor kurzem, als es für westdeutsche Besucher noch möglich war, ohne größere Schwierigkeiten in den Ostsektor zu kommen, konnte man an den „Dibelius-Sonntagen“, aber auch zu anderen Zeiten, einen beachtlichen und am Neuen Markt selten zu sehenden Wagenpark bewundern, in dem alle deutschen Kennzeichen zu finden waren.

★

Das Gotteshaus am Neuen Markt ist als einzige der vier mittelalterlichen Kirchen der

Berliner Innenstadt erhalten geblieben. Die Gemeinde von St. Marien wurde mit der von St. Nikolai zusammengelegt und zählt heute etwas über 500 Mitglieder, denn nur wenige Wohnhäuser sind hier stehengeblieben, und auch der Neuaufbau sieht nur Geschäfts- und Verwaltungsgebäude vor. Hausherr in der Kirche ist Propst Grüber.

Viele wichtige und bereits in die Geschichte eingegangene Veranstaltungen haben hier stattgefunden. Schon am 28. Oktober 1945 antwortete in St. Marien der englische Bischof Dr. Bell auf das Stuttgarter Schulbekenntnis der deutschen Kirchen und brachte als erster den versöhnenden Brückenschlag der Ökumene nach Deutschland zum Ausdruck. Fast alle namhaften Kirchenmänner Deutschlands, und auch viele aus der Ökumene, haben nach dem Kriege auf der Schlüter-Kanzel gestanden. Die Eröffnungen gesamtdeutscher Synodaltagungen und zahlreicher anderer Veranstaltungen, die die Einheit der ganzen evangelischen Kirche repräsentierten, haben hier stattgefunden. Hinzu kommen viele wichtige Kanzelvorträge, mit denen die Marienkirche schließlich auch ein Mittelpunkt in der Auseinandersetzung mit der atheistischen Weltanschauung geworden ist.

Zum Bereich von St. Marien gehört auch ein Zentrum kirchlicher Arbeit; das Heinrich-Grüber-Haus, das sich unmittelbar an die Kirche anschließt. Hier haben die Evangelische Studenten-Gemeinde Ost ihren Sitz, der Evangelische Nachrichtendienst Ost, Teile der Evangelischen Verlagsanstalt und eine

ganze Reihe kirchlicher Verwaltungseinrichtungen.

Als Bauwerk ist die Marienkirche nicht eben berühmt. 1270 wurde ihr Grundstein gelegt, und aus einem Ablaßbrief geht hervor, daß der Bau 1294 fertig gewesen sein muß. Doch haben Jahrhunderte mit immer neuen Veränderungen am Inneren und Äußeren ihre Spuren hinterlassen, und nach der Brandkatastrophe von 1386, die das damals kleine Berlin fast vollständig einäscherte, mußte auch die Marienkirche neu aufgebaut werden.

Berühmt aber ist der „Totentanz“ in der Turmhalle, als ältestes und größtes Gemälde dieser Art, das heute noch erhalten ist. Wahrscheinlich nach der Pest von 1484 ist das Fresko entstanden. Auch noch andere interessante Kunstwerke gibt es im Innern des Gotteshauses: Am bekanntesten ist die Schlüter-Kanzel, dann die große Wagner-Orgel mit ihrem prächtigen Barockprospekt.

★

Im Zuge der Restaurierung und Neugestaltung des Kircheninneren 1948, wobei der Innenraum auch seinen weißen Kalkanstrich erhalten hat, wurde dieses einzige große Barockinstrument Berlins gründlich überholt. Viele Pfeifen mußten erneuert werden, und zugleich gab man dem Werk einen modernen, helleren Klangcharakter, der dem barocken so nah wie möglich kommt. Ferner ist noch ein kostbarer romanischer Abendmahlskelch aus dem 13. Jahrhundert zu nennen, und der fast 200 Jahre alte Altar, gemalt und gestiftet vom Direktor der Kunstakademie, Bernhard Rode, außerdem ein bronzener Taufkessel von 1437.

Die Marienkirche ist heute ein Wahrzeichen für ganz Berlin in unserer Zeit geworden. Ihr Turm korrespondiert dem „roten Rathaus“, überragt im Hintergrund den kommunistischen Aufmarschplatz am Lustgarten und ist weithin im Ost- und Westsektor zu sehen. C. F.

Ulbrichts weiche Welle

Dt. Die anhaltende Flucht von Ärzten hat das SED-Regime in eine prekäre Lage gebracht. Nicht erst seit gestern ist die ärztliche Betreuung der Bevölkerung Mitteldeutschlands in Frage gestellt. Es gibt Kreisgebiete, die nur noch mit zwei bis drei Ärzten besetzt sind; auf dem Gebiet der zahnärztlichen Versorgung sieht es teilweise noch trauriger aus. Zwar hat man aus den kommunistischen Nachbarstaaten junge Mediziner herangeholt; sie können jedoch nur in Ambulatorien und Krankenhäusern beschäftigt werden, da allein schon die Sprachschwierigkeiten eine Verständigung mit den Patienten unmöglich machen, ganz abgesehen davon, daß Fehldiagnosen und falsche Behandlung unabwendbare Folgen sind.

Trotz dieses Notstandes versuchte die SED, auch die Ärzte zu kollektivieren und die freien Praxen zu schließen. Das soll nun alles anders werden. Über-eifrige Parteifunktionäre auf der unteren Ebene hätten den Bogen überspannt, so ließ sich dieser Tage SED-Sekretär Ulbricht vernehmen, und „Neues Deutschland“ fügt dem hinzu, statt Mißgunst und Mißtrauen müsse den Helfern der Menschheit Anerkennung und Vertrauen entgegengebracht werden.

An äußeren Zeichen dieser Art hat es die SED nicht fehlen lassen: Ehrungen von „Verdienten Ärzten des Volkes“ folgte die Wiedereinführung von Titeln, ferner die Zusicherung, daß die Praxis der Eltern wieder auf die Kinder übergehen darf. Viele Jahre waren diese Kinder sogar vom medizinischen Studium ausgeschlossen. Im Ostberliner Rathaus wurden zur gleichen Zeit „Möglichkeiten zur Förderung wissenschaftlicher Arbeiter in den Instituten“ erörtert. Von verbesserter Ferien- und Freizeitgestaltung war dabei ebenso die Rede wie von dem Verzicht auf ideologische Umerziehung.

„Neues Deutschland“ hat schon wieder Wasser in den Wein gegossen, wenn es schreibt: „Alle Probleme können sachlich und ver-

nünftig durch geduldige Überzeugungsarbeit geklärt werden.“ Diese kommunistischen Überzeugungsversuche sind es ja gerade, die nicht nur Ärzten und Wissenschaftlern, sondern auch Lehrern und Ingenieuren, Bauern und Arbeitern das Leben verleiden. Allein der Leitartikel im „Neuen Deutschland“ ist geeignet, Ulbrichts weiche Welle in eine neue

Brandung zu verwandeln. Mit Lügen und Haß kann man nicht überzeugen. Da nützt auch kein Appell an den Eid des Hippokrates; da helfen keine Danksagungen und Lob-sprüche parteigebundener Ärzte für den neuen Kurs. Dazu sind die Spuren, die schon so manches politische „Taufwetter“ in der Zone hinterlassen hat, noch allzu deutlich sichtbar.

Emil Dovifat 70 Jahre

DT. Am dritten Weihnachtsfeiertag vollendete Professor Dr. Emil Dovifat sein 70. Lebensjahr; er wurde am 27. Dezember 1890 an der deutsch-belgischen Grenze, in Neutral-Moresnet bei Aachen, geboren. Sein Wirken vollzog sich immer im öffentlichen Geschehen — als Journalist, als Universitätslehrer, als Politiker, als führender Mann in der kirchlichen Arbeit.

Die Jahrzehnte haben ihn erlebt als Mann, der Gewalt hat über das Wort, über das geschriebene und womöglich noch mehr über das gesprochene. Ihm steht zur Verfügung, was den großen Redner ausmacht: die Fülle der Stimme, die geistige Substanz, die Mannigfaltigkeit des Ausdrucks und die mitgestaltende Gebärde, die sein Reden zum packenden Schauspiel werden lassen. Ich werde den Eindruck nicht vergessen, den in der Trostlosigkeit des Juni 1945 seine kurze Ansprache — jeder Redner hatte nur fünf Minuten — auf der Gründungskonferenz der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands im Theater am Schiffbauerdamm gemacht hat.

Dovifat ist viel in der Welt herumgekommen, aber Berlin ist doch immer die Mitte seiner Tätigkeiten geblieben. Hier begann er vor fünfzig Jahren als Redaktionsmitglied des Zentralorgans der christlichen Gewerkschaften — der Tageszeitung „Der Deutsche“ —, dessen Chefredaktion er dann 1927 übernahm. Die Aufgeschlossenheit für soziale Nöte und Probleme, nicht zum wenigsten ausgelöst durch seinen Kontakt mit dem Großstadtpostel Carl Sonnen-

schein, blieb eines der bestimmenden Elemente seines Denkens und Arbeitens, genauso wie seine Verwurzelung im christlichen Glauben seiner Kirche. Er hat sich nicht gescheut, einen Standpunkt einzunehmen und eine Meinung zu vertreten, aber er war nicht eng und dogmatisch. So kam es, daß er zum Beispiel im deutschen Zeitungswesen allgemeines Vertrauen und entsprechende Aufgaben bekam. Dieses Vertrauen führte u. a. dazu, daß er 1928 den neugegründeten Lehrstuhl für Zeitungswissenschaft an der Berliner Universität erhielt, den er dann unter so veränderten Umständen 1948 an der Freien Universität wieder übernahm. Und dasselbe Vertrauen hat ihn vor einigen Jahren in den deutschen Presserat berufen.

Bewundernswert ist seine Unermüdllichkeit. Sie ist um so erstaunlicher, als ihm die schwere Beinverwundung, die er im ersten Weltkrieg erlitten hat, die Bewegung alles andere als leicht macht. Aber er ließ und läßt sich davon nicht hindern, den mannigfaltigen Rufen nach Rat, Rede und Mitarbeit zu folgen. Die Herausgeber und die Redaktion dieser Zeitung sind Emil Dovifat in besonderer Weise verpflichtet. Er hat aus der Verbundenheit in gemeinsamer politischer Überzeugung und Arbeit die Auseinandersetzung mit dem Zonenkommunismus seit 1945 mitgeführt, und er hat dann den TAG mitbegründet und mitgestaltet, als uns die Besatzungsmacht aus der Zone heraus- und auf Westberlin zurückzwang. So sind unsere guten Wünsche für Emil Dovifat um so herzlicher.

Bekennnis zur Wahrheit gefordert

Weihnachtsbotschaft des Papstes — Appell an die Verantwortlichen der Welt

Vatikanstadt (dpa). In seiner traditionellen Weihnachtsbotschaft hat Papst Johannes XXIII. alle Katholiken aufgefordert, sich zur Wahrheit zu bekennen und sich niemals zu einer Verfälschung der Wahrheit bewegen zu lassen. Immer ernster werdende Nachrichten über Stürme in einigen Teilen der Welt bedrohten nicht nur die soziale Ordnung, sagte der Papst, sondern vor allem auch viele schwache und unstete Seelen.

In seiner dritten Weihnachtsbotschaft, die vom Rundfunk und erstmals auch vom Fernsehen übertragen wurde, appellierte der Papst an alle, die höchste Verantwortung tragen, „in diesen Tagen allgemeiner Gefahr ehrenhaft zu handeln“. Mit seinem Appell wandte sich Papst Johannes an die Staatsoberhäupter, an Verwaltungschefs, an Eltern und Lehrer sowie an alle, die für die öffentliche Meinungsbildung verantwortlich sind.

Der Papst sprach dann von der verbreiteten Empfindung, daß die Welt wieder schreckliche Stunden durchmache. „Die Vergangenheit habe jedoch viel schlimmere Stunden gekannt“, fügte das Oberhaupt der katho-

lischen Kirche hinzu, „und trotz der lauten oder auch heimlichen Stimmen der Gewaltsamsten sind wir sicher, daß der geistige Sieg Jesus Christus gehören wird.“

Die weihnachtliche Glückwunschsbotschaft sei eine feierliche Einladung, in der Wahrheit zu leben nach der vierfachen Pflicht, die Wahrheit zu denken, zu ehren, zu sagen und zu tun. „Gebt euch nie für die Verfälschung der Wahrheit her! Habt Abscheu davor!“ Man dürfe sich, fügte der Papst hinzu, der wunderbaren Gottesgaben des Lichtes, der Töne, der Farben und ihrer technischen und künstlerischen Verwendung in Druck, Berichterstattung oder Darbietung nicht bedienen, um

die natürliche Hinneigung des Menschen zur Wahrheit zu vergewaltigen.

Der Papst forderte dazu auf, „die Luft, die man atmet, immer reiner und weniger verderbt zu machen“. Das Wissen müsse aufgeboden werden, um „mit heiterer Ausdauer und unermüdlichem Einsatz die Voraussetzungen für bessere, gesündere, gerechtere und sicherere Zeiten zu schaffen. Wir vertrauen auf Gott und auf sein Licht. Wir vertrauen auf die Menschen guten Willens und sind zufrieden, daß unsere Worte in allen aufrechten Herzen einen Schlag mannhafter Großmut wecken.“

den. Überall in der Welt gebe es eine Atmosphäre der Spannung und Unsicherheit. Gerade in den Zeiten des Wechsels, der Unordnung und Unsicherheit sollte man sich eng an diejenigen Grundsätze halten, die als richtig und gut erkannt seien.

Papst Johannes XXIII. sprach seine Weihnachtsglückwünsche am Sonntag vom Balkon der Peterskirche aus zu einer nach Zehntausenden zählenden Menge in acht Sprachen, darunter auch in Deutsch. „Fröhliche Weihnachten und ein glückliches neues Jahr für alle“, sagte der Papst in seiner Botschaft. In italienischer Sprache erläuterte er, sein Segen gelte an diesem Weihnachtsfest besonders den Kindern, den Arbeitern, den Kranken, den wegen ihres Glaubens Verfolgten, den Familien, aber auch den weltlichen Würdenträgern, damit sie in Wahrheit regierten.

Der katholische Bischof von Berlin, Julius Kardinal Döpfner, hat bei einem Pontifikalamt in der Ostberliner Kirche „Zur Heiligen Familie“ die Gläubigen aufgefordert, an Jesus Christus zu glauben, auch wenn es manchmal scheine, als ob der Sohn Gottes auf der Flucht sei. Den Gläubigen in der Sowjetzone sagte der Bischof, sie erlebten Tag für Tag, wie man planmäßig versuche, mit der Macht des Staates und den Mitteln der öffentlichen Meinung Gott auszuschalten.

Mahnrufe zur Selbstbesinnung

Weihnachtsbotschaften mit pessimistischen Untertönen

Berlin (upi/ap). Staatsmänner der westlichen Welt haben zu Weihnachten ihre Völker zur Selbstbesinnung, Einkehr und Standhaftigkeit in einer Zeit der Unruhe und Unsicherheit aufgerufen. In den traditionellen Botschaften spiegelten sich deutlicher als in früheren Jahren die Besorgnis über nationale Probleme, Enttäuschung über das abgelaufene Jahr und Skepsis gegenüber dem kommenden wider. Auch die höchsten kirchlichen Würdenträger warnten vor der Gefahr des inneren Auseinanderwachsens der Menschen.

„Die außenpolitischen Wolken sind in dem zu Ende gehenden Jahr 1960 noch dunkler und schwärzer geworden“, erklärte Bundeskanzler Adenauer über die deutschen Sender. „Aber wir wollen auch daran denken, daß das Jahr 1960 zu Ende geht, ohne daß es zu schweren Entladungen gekommen ist.“ Die gegenwärtige Zeit sei eine Zeit des Überganges. Die Auseinandersetzungen mit dem kommunistischen Atheismus, dem sich die christliche Welt unterwerfen solle, drückten der Epoche den Stempel auf. Das Christentum sei der stärkste Widersacher,

Gegner der kommunistischen Diktatur.

„Eine Stunde stillen Nachdenkens wird uns auch daran erinnern“, fuhr Adenauer fort, „daß wir alles tun müssen, was wir können, für Berlin, damit nicht wiederum zweieinhalb Millionen Deutscher der Freiheit beraubt werden.“

Königin Elizabeth appellierte an alle im Commonwealth lebenden Menschen, für eine gegenseitige Verständigung zu arbeiten. In ihrer Weihnachtsbotschaft sagte sie, das Jahr 1960 könne weder als glücklich noch als erfolgreich bezeichnet wer-

Tito prangert Peking an

Für Angriffe auf der Moskauer „Gipfelkonferenz“ verantwortlich

Belgrad (upi/dpa). Der jugoslawische Staatspräsident Tito hat vor dem jugoslawischen Parlament Rotchina für die Angriffe gegen Jugoslawien auf der Moskauer „Gipfelkonferenz“ verantwortlich gemacht. Tito, der nur in außergewöhnlichen Situationen im Parlament spricht, bezeichnete die in der Moskauer Deklaration enthaltenen „verleumderischen Behauptungen“ als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens und als eine Entstellung der jugoslawischen Wirtschafts- und Außenpolitik. „Wir wissen, daß die Hauptstifter dabei die chine-

sischen Delegierten waren“, sagte Tito. Die Erklärung des Staatschefs wurde von den Abgeordneten mit spontanem Beifall aufgenommen.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede wandte sich Tito auch gegen die westlichen Großmächte, die er für das bisherige Nichtzustandekommen einer generellen west-östlichen Aussprache verantwortlich machte. Gleichzeitig kündigte er aber eine verstärkte Zusammenarbeit mit den westlichen Wirtschaftsorganisationen sowie Kontaktaufnahmen mit der EWG und der EFTA an.

hausstrafe im Haftarbeitslager Hohenschönhausen. Zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe wurde auch der ehemalige Chef des Kraftfahrzeugwesens der „Volkspolizei“, Oberst Robert Hoffmann, verurteilt, der sich seit 1958 in Hohenschönhausen befindet. Im gleichen Haftarbeitslager verbüßt auch der ehemalige Vorsitzende der „Betriebsgewerkschaftsleitung“ im „VEB-Fuhrwerk Erfurt“, Werner Rudert, eine lebenslängliche Zuchthausstrafe. Rudert war 1956 wegen „Spionage und Sabotage“ zum Tode verurteilt worden. Die Todesstrafe wurde später auf Grund westlicher Proteste aufgehoben. Seine Frau Ingeborg wurde zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Kraftfahrer des ehemaligen stellvertretenden Zonen-Ministerpräsidenten Nuschke, Heinz Fluhr, sitzt für sechs Jahre im gleichen Lager. In der Haftanstalt Bautzen III befindet sich der Schriftsteller Erich Loest.

EWG-Treffen im Februar

In Paris gleichzeitig Begegnung Adenauers mit de Gaulle

Bonn (dpa/ap). Anfang Februar wird voraussichtlich die Konferenz der Regierungschefs der sechs EWG-Länder in Paris stattfinden, die ursprünglich für den Dezember geplant war und wegen der Erkrankung des Bundeskanzlers verschoben werden mußte. Mit der Konferenz ist auch die Begegnung zwischen Adenauer und dem französischen Staatschef de Gaulle gekoppelt. Dagegen steht für das Treffen Adenauers mit dem britischen Regierungschef Macmillan noch kein neuer Termin fest. Es ist noch ungewiß, ob Adenauer vor oder nach der EWG-Konferenz nach London reisen wird.

„Begründete Hoffnung“ besteht in Kreisen der Bundesregierung, daß der neue amerikanische Präsident Kennedy persönlich an der im Mai in Oslo stattfindenden NATO-Konferenz teilnehmen wird. Der Vorschlag zu dieser Konferenz war während der NATO-Tagung im Dezember in Paris von Bundesverteidigungsminister Strauß unterbreitet worden.

In den Zonen-Zuchthäusern

Berlin (dpa). Einzelheiten über die Verurteilung zahlreicher einst führender Funktionäre der Sowjetzone sind jetzt bekanntgeworden. Nach

einer Meldung des Informationsbüros West verbüßt der frühere Mitarbeiter des ehemaligen Ministeriums für Schwerindustrie, Richard Ziebath, eine lebenslängliche Zucht-

Kampf um Auslandshilfe

Eisenhower will sparen — Kennedy für höhere Ausgaben

Washington (ap/dpa). In seinem letzten Budget Anfang Januar wird Präsident Eisenhower weniger Auslandshilfe als im vergangenen Jahr fordern, und zwar nur etwa vier Milliarden Dollar. Es ist aber zu erwarten, daß sein Nachfolger Kennedy den Kongreß um die Bewilligung beträchtlich höherer Mittel ersuchen wird, da nach seiner Ansicht die Ausgaben in Südostasien, Lateinamerika und Afrika wesentlich erhöht werden müssen. Staatssekretär Dillon, der Finanzminister der kommenden Regierung Kennedy, hat rund 5,5 Milliarden Dollar Auslandshilfe empfohlen.

Weitere Ernennungen

Kennedy gab während der Feiertage die Ernennung von Paul Nitze zum Staatssekretär für internationale Angelegenheiten im Verteidigungsministerium und von Walter Heller zum Vorsitzenden des Wirtschaftlichen Beirats bekannt. Nitze, unter

Präsident Truman Leiter des Politischen Planungsamtes im Außenministerium, soll bei der Ausarbeitung neuer Abrüstungspläne eine Schlüsselposition übernehmen. Er wird damit eine ähnliche Rolle spielen wie Harold Stassen zeitweilig unter Eisenhower. Heller war als Wirtschaftsberater der US-Militärregierung in Deutschland maßgeblich an den Vorarbeiten zur Währungsreform beteiligt.

Über 2000 Flüchtlinge zu Weihnachten

Berlin/Bonn (dpa). Der Flüchtlingsstrom aus der Sowjetzone hat über die Weihnachtstage wieder stark zugenommen. In Berlin wurden vom 23. bis 26. Dezember insgesamt 2062 Flüchtlinge registriert. Im Vorjahr waren es im gleichen Zeitraum nach offizieller Mitteilung 876 Personen. In der Vorweihnachtswoche trafen in Gießen und Uelzen 1066 Flüchtlinge aus der Sowjetzone ein.

Zone: 1 Million unter Waffen

Reservisten nicht berücksichtigt — Endstärke der Bundesrepublik: 470 000 Mann

Berlin (dpa). In der Sowjetzone leisten von den 17 Millionen Einwohnern rund eine Million Menschen in militärischen, paramilitärischen oder vormilitärischen Organisationen Dienst. Dabei sind die Reservisten noch nicht berücksichtigt. Das erklärte Major von Raven vom Bundesverteidigungsministerium in einem Rundfunk-Interview.

Zur Nationalen Volksarmee gehören 110 000 Mann, sagte Major von Raven, 40 000 bis 50 000 sind in der Grenzpolizei, 30 000 in der Bereitschaftspolizei, 78 000 in der Volkspolizei, 300 000 bis 350 000 in den Kampfgruppen und 400 000 in der sogenannten Gesellschaft für Sport und Technik.

„Würde die Bundesrepublik mit ihren rund 53 Millionen Einwohnern den gleichen Militarisierungszustand anstreben, also die sogenannten Errungenschaften der sogenannten DDR übernehmen wollen“, verglich Major von Raven, „so müßte sie etwa folgende Zahlen zu erreichen suchen: Streitkräfte etwa 350 000 Mann, Grenztruppen 155 000 Mann, Bereitschaftspolizei 93 000 Mann, allgemeine Polizei 243 000 Mann, Bürgerkriegsmiliz alias Kampfgruppen 1,1 Millionen Mann, vormilitärische Organisationen alias Gesellschaft für Sport und Technik 1,2 Millionen Mann. Zusammen hätte sie somit, gemessen an ihrer Bevölkerungszahl, 3,141 Millionen ihrer

Bürger in der einen oder anderen Form unter den Waffen zu halten.“ Außerdem müßte die Bundesrepublik neue paramilitärische Institutionen schaffen, vormilitärische Verbände gründen und ihre Polizei nicht nur in der Führung zentralisieren, sondern auch militarisieren, denn die jetzige Polizei in der Bundesrepublik sei ja dezentralisiert und auch nicht militärisch ausgebildet.

Demgegenüber stellte Major von Raven fest, daß die Bundeswehr nach den Einberufungen im Januar 1961 einen Stand von rund 291 000 Mann erreichen werde. Der Grenzschutz zähle jetzt 14 000 Mann und die dezentralisierte Länder- und Kommunalpolizei etwas über 100 000 Mann. Am Ende der Aufstellung werde die Bundeswehr 350 000 Mann haben, der Grenzschutz solle wieder auf 20 000 Mann gebracht werden und die Polizeikräfte dürften bei etwas über 100 000 Mann bleiben, so daß sich etwa für die Bundesrepublik 470 000 Mann ergäben.

zonenhandel wieder in Kraft treten. Beim Austausch der Schreiben äußerten die Verhandlungspartner, sie nähmen den Brief der jeweiligen Gegenseite „zur Kenntnis“. Der Berlin-Verkehr wurde bei der Übergabe der Briefe nicht erwähnt.

Leopold fügte hinzu: „Das alte Verhältnis ist wiederhergestellt.“ Behrendt antwortete, er freue sich über die gefundene Einigung und hoffe, daß der Interzonenhandel im nächsten Jahre reibungslos verlaufen werde. Nähere Einzelheiten über die erzielten Vereinbarungen wurden nicht mitgeteilt, da die Verhandlungspartner absolutes Stillschweigen vereinbart hatten.

Erstes Echo

Bonner Regierungskreise gaben noch keinen Kommentar. Wie verlautet, will man erst den Bericht Dr. Leopolds abwarten. In Kreisen der Bonner CDU begrüßte man in einer ersten Stellungnahme die Verlängerung des Abkommens und erklärte, es liege im Interesse der Sache, daß kein vertragloser Zustand eintrete. Ein SPD-Sprecher sagte, seine Partei nehme an, daß „ein Weg gefunden wurde, die Schwierigkeiten, die von der anderen Seite zu verantworten sind und die zur Kündigung des Abkommens geführt haben, jetzt als ausgeräumt zu betrachten“.

Ein Sprecher des Berliner Senats begrüßte den positiven Abschluß. „Wir werden sehen, wie sich das neue Abkommen in der Praxis auswirkt“, sagte er.

150 000 Flüchtlinge

Berlin (Eigenmeldung). Der 150 000. Flüchtling aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet in diesem Jahr ist jetzt in Berlin eingetroffen. Dies teilte der Regierende Bürgermeister Brandt mit. 1959 wurden dagegen nur 90 860 Personen im Berliner Notaufnahmelager registriert.

Seit 1949 flüchteten bisher insgesamt 1 512 072 Bewohner der Sowjetzone und Ostberlins allein nach Westberlin.

Interzonenhandel geht weiter

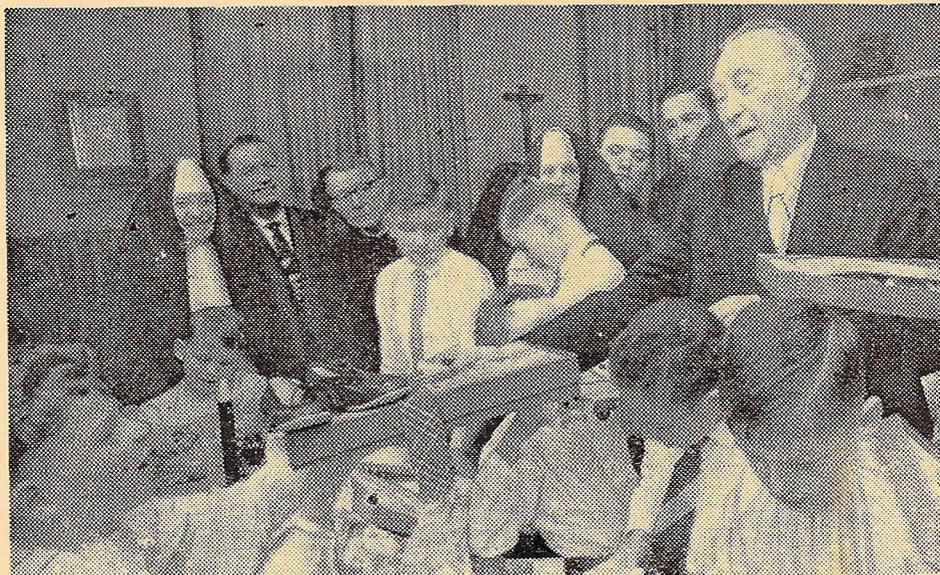
Alte Abkommen wieder in Kraft gesetzt

Berlin (Eigenmeldung/dpa). Der Interzonenhandel geht auch im nächsten Jahre weiter. Am 29. Dezember einigten sich die Beauftragten der Bundesrepublik und der Sowjetzone, das alte Abkommen vom 20. September 1951 nebst allen Zusatzvereinbarungen und Anlagen sowie die Vereinbarung vom 16. August dieses Jahres wieder in Kraft zu setzen. Die entsprechenden Dokumente wurden nach siebenstündigen Verhandlungen um 20.15 Uhr in der Treuhandstelle am Kurfürstendamm von dem Leiter der Treuhandstelle, Dr. Leopold, und dem sowjetzonalen Beauftragten, Behrendt, unterzeichnet.

Die Bundesregierung hatte das alte Abkommen zum Jahresende aus Protest gegen die Berlin-Schikanen der Sowjetzonen-Regierung gekündigt und als Bedingung für die Fortsetzung des innerdeutschen Warenverkehrs verlangt, daß alle Eingriffe in den Berlin-Verkehr unterbleiben. In dem offiziellen Kommuniqué über die

erzielte Einigung heißt es, daß „ausreichende Möglichkeiten“ für die Fortführung der vertraglich geregelten Wirtschaftsbeziehungen gefunden wurden.

Die von Leopold und Behrendt unterzeichneten Dokumente sind kurze Schreiben, in denen lediglich mitgeteilt wird, daß vom 1. Januar 1961 an die Vereinbarungen über den Inter-



BILDER DER WOCHE. Oben: Bundeskanzler Adenauer bei der Bescherung von Kindern im katholischen Waisenhaus Bonn-West. Unten: Streikende Arbeiter versammeln sich in Brüssel vor dem Hauptquartier der Sozialisten

